



manage

PLUS GRATIS

Jetzt Vorteilspaket sichern:
3 Ausgaben + ferngesteuerter
Quadrocopter gratis

Jetzt bestellen!
portofrei

☰ Menü



Lokales

Landkreis Rotenburg

Bothel

Landkreis Rotenburg sucht nach Ursachen für auffällige Zahlen



0



1

FACEBOOK



1

TWITTER



0

GOOGLE+



FEEDBACK

Landkreis Rotenburg sucht nach Ursachen für auffällige Zahlen

Erhöhte Krebsraten im Erdgas- Abbaugebiet

12.09.2014



© Menker

Die Frage steht im Raum: Sind die erhöhten Krebsraten auf die Erdgasförderung in der Region zurückzuführen?

Bothel - Von Michael Krüger. Es ist zunächst einmal nur eine rein statistische Betrachtung, es ist aber auch ein Alarmsignal: Der Landkreis Rotenburg hat für die Samtgemeinde Bothel eine bei Männern doppelt so hohe Rate an Blutkrebs-Erkrankungen wie normal bekannt gegeben. Bürgerinitiativen, die auf die Gesundheitsgefahren durch die Abbauarbeiten im Erdgasfeld Söhlingen hinweisen, hatten die Untersuchung veranlasst. Nun sollen Ursachen für die statistische Auffälligkeit gesucht werden.

Seit Juni hatte das epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (EKN) die vorliegenden Krebsmeldungen der Jahre 2003 bis 2012 in der Samtgemeinde untersucht. Bei insgesamt zwölf ausgewerteten Diagnosegruppen von Krebserkrankungen zeigte sich demnach bei Männern eine auffällige Häufung für Leukämien und Lymphome. Statt der für diesen Zeitraum zu erwartenden 21 Fälle wurden 41 beobachtet. Für Frauen traf diese Beobachtung allerdings nicht zu. Und auch bei anderen Krebsarten gab es keine statistischen Auffälligkeiten. Insgesamt seien laut EKN im fraglichen Zeitraum 533 Personen an Krebs erkrankt. 494 wären normal. „Wir haben es hier mit einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit zu tun, dass die Häufung nur zufällig auftritt“, sagte am Donnerstag im Rotenburger Kreishaus Joachim Kieschke, ärztlicher Leiter der Registerstelle beim EKN. Im Klartext: Auch bei den geringen Fallzahlen muss es eine Ursache für die Häufung geben. Nach dieser muss nun gesucht werden. Die Schwierigkeit bei Blutkrebserkrankungen,

anders als zum Beispiel bei Hautkrebs: „Die Ursachen sind weitgehend unverstanden.“

Die beteiligten Behörden hüten sich zu diesem Zeitpunkt im Bericht, der laut Landrat Hermann Luttmann (CDU) zunächst eine statistische Analyse sei, schon Kausalzusammenhänge mit der Erdgasförderung herzustellen. Allerdings sei dieser auch nicht ausgeschlossen, sagte der Leiter des Rotenburger Gesundheitsamtes, Frank Stümpel: „Es wird vieles diskutiert, und dabei sind auch Substanzen im Gespräch, die beim Fracking und der Erdgasförderung eingesetzt werden.“

Luttmann sagte, dass das „Ergebnis uns betroffen gemacht hat“. Es sei aber rein deskriptiv, warnte er vor Panikmache: „Zu den Ursachen können wir noch nichts sagen.“ Fachleute müssten nun eine Strategie festlegen, um die Ergebnisse zu analysieren. Es müsse genauer geschaut werden, welche Faktoren zu diesen Erkrankungen beigetragen haben.

Im Juli hatte das Landesbergamt (LBEG) die bereits vom Rotenburger Naturschutzbund Mitte Mai kritisierten, erhöhten Quecksilberwerte im Umfeld der Erdgasförderplätze Söhlingen Ost Z1 und Söhlingen Z6/Z11 in der Samtgemeinde Bothel bestätigt. Die Werte lagen zum Teil massiv über den zulässigen Grenzwerten. Als Konsequenz hatte das LBEG in Abstimmung mit den betroffenen Landkreisen das Förderunternehmen „ExxonMobil“ aufgefordert, weitere Untersuchungen durchzuführen.

Anwohnerin Silke Döbel, die mit einer Sammlung von rund 700 Unterschriften die Landkreis-Verwaltung aufgefordert hatte, mit dem EKN die Untersuchungen in die Wege zu leiten, zeigte sich wenig überrascht von den Ergebnissen. „Ich sehe die Quecksilberwerte, und ich sehe die Bohrtürme. Und ich sehe meine Nachbarn, von denen viele an Krebs erkranken.“ Gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Gemeinnütziges Netzwerk für Umweltkranke“ wird nun ein umfassendes Umweltmonitoring angestrebt. Döbel befürchtet sogar noch deutlich mehr Fälle, was sich aus ihrer persönlichen Beobachtung im Ort ergebe. Drei weitere Fälle von Lymphom-Neuerkrankungen im vergangenen Jahr seien ihr bekannt, darüber hinaus würden ja längst nicht alle Fälle gemeldet.

Der Landkreis will das Thema auf Landesebene anschieben. Vergleichbare Studien gibt es bislang für andere Regionen nicht. Dass etwas getan werden muss, sagte am Donnerstag auch Heidi Röhrs, stellvertretende Hemslinger Bürgermeisterin: „Die Zahlen sind erschreckend. Wir fordern alle Beteiligten auf, dass umgehend die Ursachen festgestellt werden.“ Politisch sei der Gemeinderat praktisch wirkungslos: